

HAUS DER WIRTSCHAFT
Am Schillertheater 2
10625 Berlin

Tel.: +49 (0)30 310 05 - 117
Fax: +49 (0)30 310 05 - 240
www.uvb-online.de

Bearbeiter:
Burkhard Rhein
rhein@uvb-online.de

Datum:
16.09.2020 Rh-de

**An unsere Mitgliedsverbände
An unsere korrespondierenden Mitglieder**

RUNDSCHREIBEN – U 105/2020

Klimaschutzpaket des Senats würde Wirtschaft schwer belasten

Sehr geehrte Damen und Herren,

am 08. September ist das zum Beschluss vorgelegte Klimaschutzpaket (Verstärkte Maßnahmen Berlins in Anerkennung der Klimanotlage) im Senat zunächst gestoppt worden. Der Regierende Bürgermeister Michael Müller legte sein Veto gegen das Vorhaben in Federführung von Umweltsenatorin Regine Günther ein. In vier Wochen will sich der Senat erneut damit befassen. Bis dahin sollen Gespräche auf Staatssekretärssebene und mit den Koalitionsfraktionen geführt werden.

Ziel des Klimaschutzprogramms ist die Verringerung der CO₂-Emissionen in Berlin, insbesondere in den Bereichen Verkehr, Gebäude und Energieversorgung. Im Bereich Verkehr soll die **Einführung einer City-Maut** geprüft werden. Mit den daraus erzielten Einnahmen soll der erforderliche Ausbau des ÖPNV finanziert werden. Nach Auskunft der GRÜNEN soll sich der Preis an einer BVG-Tageskarte orientieren – zur Zeit 8,60 Euro. Bezogen auf ein Jahr entspricht das einer Verteuerung der Mobilität von über 2.000 Euro.

Aus Sicht der UVB ist die einseitige Belastung der Autofahrer zur Finanzierung des ÖPNV rechtlich fragwürdig. Zudem würde eine Maut alle Unternehmen treffen, die auf die Nutzung von Kraftfahrzeugen in der Innenstadt angewiesen sind.

Gerade für Verkehre aus dem Umland bzw. äußeren Bezirke stellt der ÖPNV gegenwärtig keine Alternative zum Auto da, denn der geplante Streckenausbau und die Erneuerung und Vergrößerung des ÖPNV-Fuhrparks werden erst 2030 voll wirksam. Weiter ist davon auszugehen, dass massive Ausweichverkehre außerhalb der Maut-Zone entstehen würden. Schließlich wäre eine City-Maut sozial unausgewogen, weil individuelle Mobilität von den finanziellen Möglichkeiten abhängig gemacht wird.

Darüber hinaus sieht das Klimaschutzpaket die Einrichtung einer **Zero-Emission-Zone** durch Sperrung der Innenstadt (mittelfristig) bzw. der gesamten Stadt (langfristig) für Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor vor. Dabei soll nach Fahrzeugklassen gestaffelt werden – in Abhängigkeit der technologischen und rechtlichen Machbarkeit.

Eine Zero-Emission-Zone würde den Wirtschaftsverkehr in der Innenstadt erschweren und seine Funktionsfähigkeit massiv gefährden. Denn mittelschwere und schwere Nutzfahrzeuge werden auf absehbare Zeit nicht emissionsfrei angetrieben werden können. Ein derart radikales Vorgehen würde auch weite Teile der Bevölkerung von der Nutzung eines eigenen PKWs im Stadtgebiet ausschließen. Denn es ist nicht zu erwarten, dass der vollständige Umstieg auf emissionsfreie Fahrzeuge in den nächsten 10 Jahren gelingt.

Im Bereich Gebäude und Stadtentwicklung sieht das Klimaschutzpaket bei Neubauten und Dachsanierungen eine **Solarpflicht** (Solarthermie oder Photovoltaik) vor. Dies würde auch Büro- und Wirtschaftsgebäude betreffen. Aus Sicht der UVB ist dieser Vorschlag ungeeignet, denn er widerspricht einem technologieoffenen Ansatz. Dabei werden nicht bestimmte Technologien vorgeschrieben, sondern die CO₂-Einsparung ist die entscheidungsrelevante Steuerungsgröße. Zwar ist im Bereich Photovoltaik bei größeren Anlagen inzwischen Netzparität hergestellt (Stromgestehungskosten Photovoltaik entspricht denen konventioneller Energieerzeugung). Dies gilt aber nicht für kleine Dachanlagen im städtischen Umfeld. Aus Sicht der UVB besteht mit einer Solarpflicht die Gefahr, dass mit der Festlegung auf eine Technologie der technologische Status Quo eingefroren wird. Damit können mögliche Innovationsfortschritte in anderen EE-Technologien zukünftig nicht berücksichtigt werden.

Die UVB hat den Senat aufgefordert, die Vorschläge für das Klimaschutzpaket gründlich zu überarbeiten und von der Einführung einer City-Maut und Zero-Emission-Zone abzusehen. Wir werden sie über den weiteren Verlauf informieren.

Für Rückfragen steht Ihnen Burkhard Rhein unter 030 / 31005-117 oder unter burkhard.rhein@uvb-online.de zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

VEREINIGUNG DER UNTERNEHMENSVERBÄNDE
IN BERLIN UND BRANDENBURG E. V.
Die Geschäftsführung

Amsinck